

Kommentar

Ein Kunsthaus ist kein Fürstentum

In Zürich legt das Kunsthaus seinen Besucherinnen und Besuchern ein Osterei. Doch was süss schmecken könnte, ist in Wahrheit verdorben. Am Gründonnerstag wurde publik: Kaum scheinen die schwarzen Bühle-Wolken verfliegen, stösst das grösste Kunstmuseum des Landes seine wichtigsten Supporter und Sympathisantinnen, das Publikum, erneut vor den Kopf.

Ohne Angaben von Motiven und seiner Eignung teilen die Verantwortlichen mit: Philipp Hildebrand soll Präsident der Zürcher Kunstgesellschaft werden. Der Nominierte ist der einzige Kandidat des Vorstandes jenes Trägervereins, der das Museum betreibt und zudem Eigentümerin ist der unschätzbar wertvollen Sammlung. Gewählt wird er –, wenn es denn eine Wahl ist, sich als Vereinsmitglied zwischen einem oder keinem entscheiden zu dürfen – Ende Mai.

Philipp Hildebrand, der Mann, der eben noch die Geschicke der OECD lenken wollte, macht also Kunst. Der ehemalige Nationalbankpräsident und aktuelle Vizepräsident des weltgrössten Vermögensverwalters Blackrock will ein neues Feld bestellen. Er spricht sich das Talent zu, die Geschicke eines Museums zu leiten, das durch seinen Umgang mit der Bühle-Sammlung wie kein zweites in der internationalen Kritik steht.

Die Personalie schien zunächst eine Zeitungsenze zu sein. Denn Hildebrand tritt in grosse Schuhe. Seine Vorgängerin Anne Keller Dubach war ausschliesslich der Kunst verpflichtet, sie war die Hoffnung auf eine Zeitenwende nach der Ära der Patriarchen, Walter Kielholz sass vor ihr 20 Jahre lang im Amt. Kandidat Hildebrand hat in Sachen Kunst als Leistungsausweis und biografische Fussnote immerhin anzubieten: Er

«Welche Rolle spielt bei der Nomination des Ex-Bankers Philipp Hildebrand die Politik? Eine verantwortungslose.»

wurde von einer Galeristin, die seine Frau war, durch den Vorwurf von Insidergeschäften 2012 um seinen Job gebracht.

Welche Rolle spielt bei der Nomination die öffentliche Hand? Eine verantwortungslose.

Im elfköpfigen Vorstand sitzen sechs Regierungsmitglieder aus Stadt und Kanton. Hildebrand scheint auch ihr Favorit zu sein. Selbst die Zürcher Stadtpräsidentin findet an ihm offensichtlich Gefallen. Vergessen, dass sie sich persönlich für die Kandidatur der ersten Frau in dieser Position starkmachte, dass sie Dubachs Wahl als Zeichen einer Neuorientierung und Öffnung des Kunsthauses verstand. Hildebrand steht wofür? Auf die Bitte um ein Gespräch mit dieser Zeitung antwortete er mit beredtem Schweigen.

Die Zeichen sind unmissverständlich: Es fehlt am Heimplatz weiterhin die Einsicht, dass sich das Haus mit seiner intransparenten Kommunikation den öffentlichen Goodwill verspielt. Museen waren einmal Bastionen autokratischer Macht, von Fürsten und Kirchen. Heute hat die Institution die Verantwortung, für seine Arbeit die Besucher zu gewinnen. Sie sind es nämlich, die sie erst möglich machen.

Die Zürcher Kunstgesellschaft hängt sogar existenziell am Tropf von Subventionen. Das Museum ist lediglich zur Hälfte eigenfinanziert, die andere Hälfte trägt die öffentliche Hand. Mit der Eröffnung des Chipperfield-Komplexes hat diese die Unterstützung grosszügigerweise sogar um 4,5 Millionen Franken auf 12,87 Millionen jährlich erhöht.

Fürsten müssen abdanken und ein Museum sich heute die direkte Frage gefallen lassen: Für wen und was verwendet ihr so viel Geld?

Der Fall Hildebrand ist ein Déjà-vu. Auch nach dem Fall Bühle, den das Haus durch – milde gesagt: suboptimale Kommunikation, schonungslos beurteilt: selbtherrliche Ignoranz – verloren hat, ist von Einsicht in demokratische Prozesse offenbar noch immer keine Rede. Lehren daraus muss nun die Politik ziehen. Andernfalls triumphiert im Fürstentum Kunsthaus tatsächlich das Insidergeschäft.



Daniele Muscionico
daniele.muscionico@chmedia.ch

Kommentar

Polizei braucht mehr Datenschutz

Polizeifunk abhören ist verboten und in der Schweiz seit Jahren praktisch unmöglich. Beim Funknetzwerk Polycorn, welches Blaulichtorganisationen wie die Polizei nutzen, ist jede Verbindung von Funkgerät zu Funkgerät verschlüsselt – und der Schlüssel ändert regelmässig. Nun tragen die Polizistinnen und Polizisten mittlerweile auch ein Smartphone auf sich. Wenn sie dieses dienstlich nutzen, braucht es auch hier hohe Sicherheits- und Datenschutzstandards.

Wie hoch diese Standards sein müssen, darüber sind sich die Luzerner Polizei und der kantonale Datenschutzbeauftragte nicht einig. Konkret geht es um ein Programm, welches mit Hilfe von Kartenmaterial und weiteren Informationen ein aktuelles Lagebild einer bestimmten Region zeigt. Das Programm ist in einigen Kantonen bereits vollständig im Einsatz, worauf sich wohl auch die Luzerner Polizei abstützte. Doch der Datenschützer bremste das Vorhaben und verlangte eine externe Überprüfung über die Datensicherheit des Programms. Seine Befürchtung: Über die Verknüpfung mit Google Maps könnten Daten der Polizisten in falsche Hände geraten.

Die Intervention ist richtig und hat PTI Schweiz, die Beschaffungsorganisation von Bund und Kantonen für Polizeitechnik und -informatik, veranlasst, das betreffende Programm neu auszuschreiben. Fazit: Datenschutz ist bei Bürgern wichtig. Bei jenen, welche die Bürger schützen müssen, noch wichtiger.



Alexander von Däniken
alexander.vondaeniken@luzernerzeitung.ch

Apropos

Not in der Ukraine und anderswo

Wie wohl fast alle verfolge ich seit Wochen mit hilflosem Entsetzen den Krieg gegen die Ukraine. Und gönne den Menschen dort jede Art von Unterstützung, die sie erhalten. Eher selten werde ich daran erinnert, dass es auch anderswo auf der Welt Ungerechtigkeit und Not gibt. An Kriegsschauplätzen in Afrika etwa. Oder in Afghanistan, das nach der Machtübernahme der Taliban eine Zeit lang sehr oft in den Medien war. Derzeit vernimmt man nur noch wenig. Der Ukraine-Krieg überdeckt vieles. Und wenn es für Schurken und totalitäre Regimes eine ideale Zeit gab, fast unbeachtet von der Weltöffentlichkeit Tatsachen zu schaffen, dann jetzt.

Daran lässt sich kaum etwas ändern. Aber es ist wohl sinnvoll, aufmerksam zu bleiben für die Not, die an vielen Orten herrscht. Diese zum Beispiel auch beim Spenden zu berücksichtigen. Ohne dass dies unser Mitgefühl und unsere Solidarität mit den Ukrainerinnen und Ukrainern schmälert. Es gilt: Das eine tun, das andere auch.

Arno Renggli

Riesengemälde auf Schwimmtour



Kunst gehört längst nicht nur ins Museum: In Venedig ist derzeit ein aussergewöhnliches Objekt zu bestaunen. Das vergängliche, weil biologisch abbaubare Werk des französisch-schweizerischen Künstlers Saype wird während der Biennale di Ve-

nezia, die morgen Samstag beginnt, zu sehen sein. Der schwimmende «Lastkahn» ist acht Meter breit, 30 Meter lang und zählt zu den Highlights der internationalen Kunstaussstellung, die bis November dauern wird.

Bild: Valentin Flauraud/Keystone